Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 75. | Dresden, Freitag den 31. März 1911. | 22. Jahrg.

Bekenntnis zur Blut- und Eisenpolitik.

Bethmann gegen Rüstungseinhalt und Schiedsverträge.

Die Rede, die der Reichskanzler am Donnerstag im Reichstag über die Abrüstungsfrage hielt, hat den Vorzug der Offenheit. Man weiß, was er von dieser deutschen Regierung in den großen Fragen der internationalen Entwicklung zu erwarten hat. Der Staat, in dem vor mehr als 100 Jahren ein Kant das denkwürdige Buch vom Ewigen Frieden geschrieben hat, erweist sich im gegenwärtigen Zeitalter nicht bloß als Hort der kulturellen Rückständigkeit, sondern als Veranlasser immer weiteren Fortschreitens auf dem Wege des internationalen Wettrüstens und der internationalen Verhetzung.

Es ist jedoch erforderlich, daran zu erinnern, daß die Ausführungen des Reichskanzlers in Widerspruch stehen zu gewissen Verpflichtungen, die einst die Reichsregierung übernommen hat. Als im August 1898 das sogenannte Friedensmanifest des Zaren Nikolaus die Welt überraschte, und als dann die Haager „Friedenskonferenz“ zustande kam, war zwar auch die deutsche Regierung erfüllt von Abneigung gegen diese „Utopie“, die damals vom Petersburger Busenfreunde ausging, aber die Reichsregierung ließ sich doch zu Zugeständnissen herbei, die in schroffem Gegensatz stehen zu den jetzigen Erklärungen des Herrn v. Bethmann-Hollweg. Es war ja eine Ironie der Ereignisse sondergleichen, die aus dem Friedensmanifest des Zaren hervorging. Für alle aufrichtigen Förderer der Friedensidee aber bleibt es wichtig, den regierenden Leuten ihre Haltung, wenn auch nur geheuchelte Friedenspolitik vorzuhalten.

Im Manifest des Zaren vom 29. August 1898 hieß es u. a.:

„Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und eine mögliche Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, welche auf allen Nationen lasten, stellen sich in der gegenwärtigen Lage der ganzen Welt als ein Ideal dar, auf das die Bemühungen aller Regierungen gerichtet sein müßten... In der Ueberzeugung, daß dieses erhabene Ziel den wesentlichsten Interessen und den berechtigten Wünschen aller Mächte entspricht, glaubt die kaiserliche Regierung, daß der gegenwärtige Augenblick äußerst günstig dazu sei, auf dem Wege internationaler Beratung die wirksamsten Mittel zu suchen, um allen Völkern die Wohltaten wahren und dauernden Friedens zu sichern und vor allem der fortschreitenden Entwicklung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen.

Alle (bisherigen) Bemühungen haben dennoch noch nicht das erwünschte Ergebnis der ersehnten Friedensstiftung zeitigen können. Die finanziellen Lasten eine steigende Richtung verfolgen und die Prosperität an ihrer Wurzel treffen, so werden die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital zum großen Teil von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt. Hunderte von Millionen werden verwendet, um furchtbare Zerstörungsmaschinen zu beschaffen, die heute als das letzte Wort der Wissenschaft betrachtet werden und morgen dazu verurteilt sind, jeden Wert zu verlieren infolge irgend einer neuen Entdeckung auf diesem Gebiete. Die nationale Kultur, der wirtschaftliche Fortschritt, die Erzeugung von Werten wird in ihrer Entwicklung gelähmt und irregeführt. Daher in dem Maße, wie die Rüstungen einer jeden Macht anwachsen, diese immer weniger und weniger den Zweck, den sich die betreffende Regierung gesetzt hat. Die wirtschaftlichen Krisen sind zum großen Teil hervorgerufen durch das System der Rüstungen bis aufs äußerste, und die ständige Gefahr, die in dieser Kriegsstoffansammlung ruht, machen die Heere unserer Tage zu einer erdrückenden Last, welche die Völker mehr und mehr nur mit Mühe tragen können. Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnisvoller Weise zu eben der Katastrophe führen werde, welche man zu vermeiden wünscht und deren Schrecken jeden Menschen schon beim bloßen Gedanken schaudern machen.

Diesen unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen und die Mittel zu suchen, dem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht, das ist die höchste Pflicht, welche sich heutzutage allen Staaten aufzwingt.“

Auf der dann im Juni und Juli 1899 abgehaltenen Haager Konferenz, an der 26 Staaten teilnahmen, trat freilich der Gedanke der Rüstungsvereinbarungen weit in den Hintergrund, besonders infolge des schon damals kräftigen Widerstands der deutschen Vertreter. Immerhin wurde im Protokoll der Konferenz folgender Wunsch niedergelegt und auch von der deutschen Regierung gebilligt und unterzeichnet:

„Die Konferenz ist der Ansicht, daß eine Beschränkung der militärischen Lasten, welche gegenwärtig die Welt bedrücken, in hervorragender Weise wünschenswert ist für die Förderung des materiellen und moralischen Wohlbefindens der Menschheit.“

Man möge diese von der deutschen Regierung im Jahre 1899 in feierlichem internationalem Protokoll gebilligte Anschauung mit den Erklärungen vergleichen, die am Donnerstag Herr v. Bethmann-Hollweg im Reichstag abgab!

Im Jahre 1899 erklärte die deutsche Regierung nebst den Regierungen anderer Staaten, daß die militärischen Lasten die Welt bedrücken und daß ihre Beschränkung in hervorragender Weise wünschenswert sei. Seitdem aber ist gerade Deutschland mit ungeheueren Mehrrüstungen, besonders zur See, weiter vorangeschritten, hat die militärischen Lasten immer drückender gestaltet. Und jetzt sagt des Reiches Kanzler, es sei ausgeschlossen, die militärischen Lasten herabzusetzen, der Gedanke an internationale Vereinbarungen sei phantastisch und utopisch. Deutschland zieht sich völlig zurück von der großen Kulturaufgabe, die die deutsche Regierung selbst im Jahre 1899 als „für die Förderung des materiellen und moralischen Wohlbefindens der Menschheit“ in hervorragender Weise wünschenswert erklärt hat!

Zur Ehre Deutschlands ist festzustellen, daß das deutsche Volk zum sehr großen Teil über diese gewaltige Menschheitsfrage ganz anders denkt als die regierenden Staatsmänner, die nichts sind als Sprachrohre eines barbarischen Militarismus und Chauvinismus.

* * *

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

In Deutschland hat es noch nie an gründlichen Köpfen gefehlt, die es verstanden, rückständige Ideen in ein System zu bringen. Als ein Systematiker politischer Rückständigkeit hat sich auch Herr v. Bethmann-Hollweg erwiesen, als er am Donnerstag den von Scheidemann ausgezeichnet begründeten sozialdemokratischen Abrüstungsantrag als unmöglich und utopisch verwarf. Dieser Antrag, der den Reichskanzler auffordert, mit den auswärtigen Regierungen in Verhandlungen über eine allgemeine Einschränkung der Rüstungen einzutreten, verlangt nicht mehr, als was in England und Frankreich wiederholt von der Regierungsbank aus als das Sehnsuchtsziel aller zivilisierten Völker der Erde bezeichnet worden ist, als ein Ziel, das nicht nur erreicht werden kann, sondern erreicht werden muß, wenn sich nicht die Nationen in zwecklosen Anstrengungen verbluten sollen. Der Kanzler des Deutschen Reichs aber hat für diese große Forderung, die von den fortgeschrittensten Köpfen des kultivierten Auslands vertreten und deren Erfüllung von allen zivilisierten Völkern als eine Lebensnotwendigkeit empfunden wird, nur ein verächtliches Achselzucken und ein hartes Nein!

Man kann es dieser unheilvollen Rede zugestehen, daß sie in ihren logischen Folgerungen lückenlos geschlossen und konsequent ist. Bloß die Voraussetzungen, von denen sie ausgeht, sind grundfalsch. Ihre unleugbare Systematik und Folgerichtigkeit entspringt einer Weltanschauung, die einmal ihre Zeit gehabt hat, die aber überall Boden verliert, wo die geistige Entwicklung der Menschheit mit ihrer technischen und wirtschaftlichen Entwicklung Schritt hielt.

Was Herr von Bethmann-Hollweg gegen die Idee des Rüstungseinhalts und des allgemeinen obligatorischen Schiedsgerichts ausführte, muß von allen unterschrieben werden, die in den brutalen Grundsätzen preußischer Militär- und Polizei-Machtpolitik der Staatsweisheit letzten Schluß erblicken, die die Treulosigkeit, den Verrat, die rücksichtslose Uebervorteilung für die unentbehrlichen und gebräuchlichen Mittel des diplomatischen Verkehrs halten. Solche Politiker, die mit ein paar Brocken Machiavellis, Darwins, Nietzsches und, nicht zu vergessen, Bismarcks ihren sozialphilosophischen Haushalt bestreiten, gibt es in den verschiedenen bürgerlichen Parteien viele, und so ist es nur zu verständlich, daß es dem Rhetor Bethmann-Hollweg diesmal an einem Chorus von Bewunderern nicht fehlt.

Aber diese aus allerhand teilweise recht unverdauten Brocken zusammengeflickte spezifisch preußische Machttheorie ist überlebt und falsch. Es ist nicht wahr, daß sich die Stärke, die Macht, die weltpolitische Bedeutung eines Volkes einfach messen läßt nach der Stärke ihrer Mannschaften, ihrer Schiffe und Kanonen. Neben solchen Faktoren, die, wie jedermann zugibt, heute noch nicht vollständig auszuschalten sind, kommen auch andere in Betracht und gewinnen neben jenen ständig an Einfluß und Bedeutung. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Volkes und seine Stellung zu den anderen Völkern beruhen in erster Linie auf der körperlichen und geistigen Tüchtigkeit seiner Angehörigen, auf jenen Kräften also, die im friedlichen Wettbewerb zur Entfaltung gelangen. Ein in diesem Sinne tüchtiges, leistungsfähiges Volk wird sich auch in verhältnismäßig schwacher Rüstung erhalten und selbst kriegerische Schicksalsschläge kraftvoll überdauern. Ein Volk, das sozial herunterkommt und sich dem geistigen Fortschritt der Zeit verschließt, wird mit allen Panzerschiffen, Maschinengewehren und militärischen Massenformationen immer nur ein Koloß auf tönernen Füßen bleiben, es wird die Macht, die es besitzt, nicht zu seinem Vorteil verwenden können, und sie schließlich für alle Zeit verlieren.

Das sind Selbstverständlichkeiten, die auszusprechen man sich beinahe schämen muß. Aber noch mehr sollten sich die Leute schämen, die diese Selbstverständlichkeiten verkennen. Für Herrn v. Bethmann-Hollweg und seine alldeutschen

Aus Amerika.

Bilder aus einem amerikanischen Reisetagebuch.

Von A. Südekum.

V

Die letzte Mitteilung aus meinem amerikanischen Reisetagebuch schloß ich mit dem Versprechen ab, demnächst etwas über die Voraussetzungen des Baues von Wolkenkratzern in Neuyork und anderen amerikanischen Städten zu sagen. Und jetzt legte ich gerade die letzte Zeile an eine Schilderung dieser eigenartigen Verhältnisse, als die Nachricht von dem furchtbaren Brandunglück in der Blanckschen Fabrik zu Neuyork, bei dem mehr als 150 junge Mädchen, meist Jüdinnen, ihr Leben lassen mußten, eintraf und so meinem Aufsatz den schmerzlichen Reiz der Aktualität sicherte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß jenes Schadenfeuer in dem turmähnlichen Gebäude nur deshalb so fürchterliche Folgen gehabt hat, weil die Höhe des Stockwerks über dem Erdboden den von den Flammen bedrohten Menschen jedes seitliche Ausweichen unmöglich machte und keine Rettung von außen her zuließ. Auch bei uns zu Lande ereignen sich ja von Zeit zu Zeit Feuersbrünste, die ein oder ein paar Menschenleben fordern; aber Katastrophen, wie diese, können nur fallen, wo große Menschenmassen entweder tief in einem Bergwerk eingeschlossen sind oder wenn das Gebäude, in dem sie sich befinden, den primitivsten Anforderungen der Brandsicherheit Hohn spricht. Und das ist sicherlich bei den meisten amerikanischen Wolkenkratzern der Fall. Angeblich sind sie freilich feuersicher gebaut, namentlich mit feuersicheren Treppen versehen, bergen auch ausnahmslos in ihrem höchsten Stockwerk ein Wasserreservoir, das neben der Wasserversorgung der oberen Stockwerke der Bekämpfung eines auskommenden Feuers dienen soll: in Wirklichkeit bietet aber weder die Verwendung von zumeist unverbrennbarem Material bei der Außenkonstruktion noch die Anordnung der Sicherheitseinrichtungen im Innern einen wirksamen Schutz gegen größere Katastrophen. Jedes Haus in Neuyork (und auch in vielen anderen amerikanischen Städten), das nicht „feuersicher“ gebaut und mit „feuerfesten“ Treppen versehen ist, muß an der Straßenfront eine von allen Stockwerken zugängliche, aus Eisen konstruierte Sicherheitsleiter haben, eine Einrichtung, die das ohnehin im allgemeinen nicht gerade als schöne Straßenbild noch mehr verunziert und jeden architektonischen Reiz auch dort, wo ein kühner Baumeister ihn einmal gefunden hat, sofort zerstört. Die neueren Gebäude entbehren fast ausnahmslos jeder Rettungsleiter. Warum? Nun, weil sie „feuersicher“ gebaut sind, und wodurch wird der Nachweis der Feuersicherheit geliefert? Nun, eben durch das Fehlen der äußeren Sicherheitsleitern! So ist alles in schönster Ordnung!

Als im Dezember des vorigen Jahres just vor den Toren von Neuyork eine Zelluloidfabrik in Newark in wenigen Viertelstunden niederbrannte und nahezu 100 junge Menschen unter ihren Trümmern begrub, sagte der Chef der Neuyorker Feuerwehr, daß jeder Tag ein ähnliches Unglück über die größte Stadt des Landes bringen könne. Ja, er sagte noch mehr; es wies darauf hin, daß ungeachtet einiger schamlos vernachlässigter Polizeivorschriften ständig gewaltige Massen von Explosivstoffen in Neuyork aufbewahrt werden, deren zufällige Entzündung die Hälfte der Stadt in Trümmern legen könnte. Beide Befürchtungen sind in kurzer Zeit hintereinander wenigstens zum Teil furchtbare Wahrheit geworden: am Zentralbahnhof und kurz darauf am Hafen ereigneten sich zwei opferreiche Explosionen, der Brand im Blanckschen Hause zerstörte 150 Menschenleben! Und wie lange wird es dauern, bis wir von neuem eine Unglücksbotschaft aus der leichtfertigen Stadt hören? . . . .

Die bloße Existenz der Wolkenkratzer beweist einen empfindlichen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl in der Verwaltung und namentlich bei den mit Polizeigewalt ausgerüsteten Behörden der amerikanischen Städte. Vielerlei muß zusammenkommen, ehe die Hausungetüme entstehen konnten, auf die die Amerikaner so stolz sind und deren Bewunderung in uns doch immer nur mit Grauen gemischt sein kann. Unmöglich, mit den kärglichen Hilfsmitteln älterer Perioden der technischen Entwicklung so etwas zu wagen, unnötig, aber auch solche Monstra zu bilden, solange nicht die Zusammenhäufung von Millionen von Menschen auf dem engen Raum einer städtischen Siedlung den heutigen Umfang erreicht hatte. Indessen die Zusammenhäufung gewaltiger Menschenmassen auf schmalem Raum macht es allein nicht; das lehrt das Beispiel von London. London ist größer als Neuyork, und doch sucht man dort vergeblich nach Wolkenkratzern. Erst mußte durch eine verhängnisvolle Einseitigkeit des Steuersystems und durch die unnatürlich angestachelte Spekulationswut der Preis des städtischen Bodens bis zur schwindelnden Höhe emporgetrieben werden, erst mußte sich mit den Fortschritten der Technik ein gewisses prahlerisches Draufgängertum und das falsch verstandene demokratische Freiheitsgefühl vermählen, erst mußte die aus der Korruption emporblühende Leichtfertigkeit der Verwaltungsbeamten eine gewisse Höhe erreicht haben, ehe der Wolkenkratzer entstehen konnte.

Als vor ein paar hundert Jahren die ersten weißen Siedler ihren Fuß auf die Insel Manhattan setzten, „kauften“ sie das Eiland den dort hausenden Indianern für eine Handvoll Taler ab. Die Taler wanderten dann rasch als Entgelt für mörderischen Schnaps in ihre eigenen Taschen zurück. Heute ist der Boden in den Geschäftsvierteln der Stadt noch nicht feil, und wenn er mit goldenen Zehndollarstücken so dicht bedeckt wird, daß keine Bohne die Erde berühren kann. Gewiß geht eine solche Preissteigerung in erster Linie auf wachsende Nachfrage infolge vermehrter Bevölkerungsdichtigkeit zurück, aber diese kann nicht alles erklären. Dazu muß vor allem kommen, daß der Boden im Privateigentum steht, daß das Privateigentum beweglich ist und daß die Ausnützung der Bauflächen sich nicht an den Grenzen bestimmter gesetzlicher Vorschriften stößt. In London nennen sich ein paar große Adlige die Herren des Bodens. Sie verkaufen ihn nicht, sondern geben ihn nur stückweise auf langfristige Leihe aus. In Neuyork gibt es wenig große Grundbesitzer. Das Bodeneigentum ist verhältnismäßig stark im Einzelbesitz zersplittert. Die Bodenbesitzer sind die einzigen Steuerträger, die das System der amerikanischen Lokalbesteuerung kennt, die Grundsteuer die einzig nennenswerte Form von Gemeindesteuern, die das amerikanische Recht und die Verwaltungspraxis ausgebildet haben. Alljährlich wird der Bodenwert von vereidigten Schätzern neu abgeschätzt und entsprechend dem geschätzten Werte zur Steuer herangezogen. Die Ueberwälzung der Steuer vom Grundbesitzer auf die nicht grundbesitzenden Massen geschieht durch Steigerung der Miete. Die Mietsteigerungen halten sich natürlich nicht an das Maß der Steuererhöhung, sondern gehen regelmäßig darüber hinaus. Dieser Umstand im Verein mit der Tatsache, daß die Städte nie genug Geld erhalten können, um nicht etwa nur ihre paar Verwaltungsaufgaben mehr schlecht als recht zu lösen, sondern darüber hinaus auch noch eine Herde beutegieriger Geschäftspolitiker zu mästen, führt zu immer höherer Einschätzung des Bodenwerts. Der vom Wert erhobene Prozentsatz der Steuer bleibt allerdings oft jahrelang gleich, weil die Stadtregierungen fürchten, sich durch seine Erhöhung unpopulär zu machen, aber der Bodenwert selbst wird höher und höher eingeschätzt, und so die gewünschte Steigerung der Einnahmen dennoch herbeigeführt. Die Hausbesitzer sind über die Höherschätzungen, mögen sie ihnen manchmal im Augenblick auch unbequem sein, keineswegs erbost, weil sie ihnen außer der Möglichkeit der mit Recht so beliebten Neujahrsüberraschungen für ihre Mieter durch gesalzene Steigerungen noch die Gewähr bieten, bei einem Verkauf, bei dem natürlich die öffentliche Schätzung die erste Grundlage für die Verhandlungen über den Kaufpreis bildet, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Die unabweisbare Folge der ins Unsinnige gesteigerten Bodenpreiserhöhung ist der Zwang, das Grundstück ertragreicher zu machen. Das geschieht durch die höchstmögliche Ausnutzung zu Bauzwecken: wagerecht und scheitelrecht wird die gegebene Fläche so dicht und so hoch, wie es nur geschehen kann, mit Bauwerken besetzt. Die Frei-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110331/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG